



ÖFFENTLICH

DN.: 2014/0224 vom 30.09.2014

Beratungsfolge	Termin	Beratungsstatus
Ausschuss für Soziales	29.10.2014	vorberatend
Stadtrat	11.12.2014	beschließend

Sichtvermerke

BM	EB	FB I	

Beratungsgegenstand

Antrag des Jugendparlamentes vom 21.09.2014 auf Errichtung von zusätzlichen Sitzbänken am Bahnhof

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag des Jugendparlaments auf Errichtung von zusätzlichen Sitzbänken am Bahnhof wird derzeit nur eingeschränkt – mit einer neuen Sitzbank – entsprochen. Die weitere Diskussion wird bis zur Neuverpackung der Radstation/des Kiosks zurückgestellt.

Sachdarstellung:

Mit Schreiben vom 21.09.2014 (Anlage) beantragt das Jugendparlament die Errichtung von zusätzlichen Sitzbänken am Bahnhof. Zur Zeit gibt es zwei nicht überdachte Sitzbänke mit je zwei Sitzen am Bahnsteig. Nach Inaugenscheinnahme ist das Aufstellen von Sitzbänken unterhalb des überdachten Durchgangs an der Wand zum Kiosk ungünstig, da direkt oberhalb ein Fenster eingebaut ist (siehe Foto) und mit vermehrten Verschmutzungen der Wand zu rechnen wäre.

Von daher bietet es sich allenfalls an, überdacht - vor den Gittern der Fahrradstation – eine Sitzbank rechts neben der Eingangstür aufzustellen. Vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung aktuell mit verschiedenen potentiellen Pächtern Gespräche über den zukünftigen Betrieb des Kiosk und der Radstation führt, sollten derzeit keine „allzu großen“ Fakten geschaffen werden, die einer weiteren Entwicklung möglicherweise entgegenstehen.

Eine Doppelsitzbank des am Bahnhof verwendeten Modells kostet rund 350 €. Zzgl. Zubehör ist mit Kosten von rund 400 € zu rechnen. Bislang wurden unter dem überdachten Bereich des Bahnhofes keine Sitzbänke aufgestellt, um das (erneute) Entstehen eines „neuralgischen“ Treffpunktes zu vermeiden. Auch das Aufstellen von Stehtischen wurde aus diesen Gründen den Pächtern des Kiosks untersagt. Sollte es nach dem Aufstellen der Bank zu Beschwerden über vorgenannte Probleme kommen, müsste über die weitere Vorgehensweise (evtl. Entfernung) neu beraten werden.

Umweltrelevanz:

Keine

Haushaltsrechtliche Beurteilung:

Es ist mit Kosten von rund 400 € zu rechnen, die in dem entsprechenden Untersachkonto zur Verfügung stehen.

Generationengerechtigkeit:

Keine

Im Auftrage:

Alfert